



AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Ist der
Nachtkulturattaché
ein Fake?

Mit welchen Linken
solidarisieren sich
Linke?

Plant Daniel Günther
Säuberungsmaßnahmen
in der CDU?



Stadtgespräch

Ist der Posten des Nachtkulturkoordinators überhaupt echt?

Vielleicht wissen Sie es nicht, einen solchen Posten hat Jena wirklich, und es gibt eine Person, mit der er besetzt ist. Typische Prioritäten, wofür Geld da ist in einer durch grünlinke Verblödung selbstkorruptierten Stadt, könnte man denken, Dekadenz im Mittelstadium, da geht noch was.

Nun hat die aktivistische Zeitung der Universität, die aus historischen Gründen auch Akrützel heißt, eigentlich Studentisches oder Hochschulisches, in eigener Identifikation in Kleinschreibung, Zweifel geschürt, ob es wirklich um Nacht und Schatten geht.

Beim studentischen aktivistischen Akrützel sind die schon

als Nachwuchs so wie die ausgereifen Journalisten, die aus der Position derjenigen, die sich an die Macht anschleimen, zu denen aufsteigen wollen, an die angeschleimt wird, der ganze Schleim härtet aus zu der geschlossenen Gesellschaft, die die Deutungsmacht über sich selbst innehat.

Die haben dem also eine Dopelseite gewidmet.

Man erfährt, der war zehn Jahre Türsteher beim Kassa. Wenn die Stadt auf diese Kompetenzen bei der Vernetzung von Nacht, Stadt, Kultur und Anwohnern in der Ausschreibung orientiert, ist klar, warum es keine Frau sein konnte. Diesen Mangel gleicht er tagsüber

aus, denn, wie es in der Überschrift heißt, *die Nacht wird am Tag geplant*, und was er eigentlich macht, das erfragen sie, denn wer schon nicht ahnte, dass es diesen Posten geben muss, der kann nicht wissen, was der Inhaber macht. *Ansprechpartner für Fälle, wo man jemanden kennen muss, der jemanden kennt, wenn „einem Kollektiv zum Beispiel einen Tag vor dem Event die Location abgesagt wird“ oder wenn „eine Musikanlage während einer Veranstaltung kaputtgeht“*, darum hat er Zeit mit Netzwerk und Kennenlernen von Leuten verbracht.

Das muss schon eine Zeitung für Studenten sein, damit einem Leser dabei nicht der Reflux kommt. Studentenzeitung in Jena, speziell. Herumgehen und sich vorstellen bei denen, die ihn schon kennen, jetzt als Trusted Wichtigtuer. Dass er auf dem Foto auch genauso guckt, ist nur der Eisbär auf der Spitze des Eisbergs.

Alles ganz jenaisch also, scheint es, was eine Stadt eben verdient, die nur zeitverzögert merkt, was die Phase geschlagen hat, und die Zeit zögert so wer noch weiter hinaus. Kriegt einer halt noch einen befristeten Versorgungsposten, auf den kommt es nun auch nicht mehr an.

Aber da ist noch eine Kleinigkeit, die danach aussieht, dass das Aktivistische Akrützel hierbei seiner Funktion als Agitationsverschleimung nachkommt und dass, zeitungssdeutsch, noch etwas dahintersteckt.

In einem Beitrag des MDR sei er vorgekommen, die „Kommentarspalte ist aufgeheizt, unter anderem wird sein Job als Steuergeldverschwendung bezeichnet.“ Da ist also das Hasswort Steuergeldverschwendung vorgekommen, und dass es sich um eine solche nicht handeln kann, sagt schon die Bezeichnung aufgeheizt, das kommt nur bei den Dummen vor, die neidisch sind auf so einen ruhigen Posten. „Ich nehme den Leuten doch nichts weg“, versucht er zu relativieren. Ne, klar, er kriegt Geld, das schon weggenommen wurde, er und die anderen in



dem Kulturbüro und das Kulturbüro über Stiftungen und Staat, vernetzte Finanzierung.

Die Kommentare habe er aber „irgendwann nicht mehr gelesen, die hätten ihn nur wütend gemacht.“ Berechtigte Wut natürlich, wenn Kommentare aufgeheizt sind.

Dabei ist seine restliche Woche voll: „Termine, eine Preisverleihung am Abend, eine Konferenz am Wochenende zum Thema Nachtleben, dazu muss er noch einen Zug nach Berlin buchen“, so sinngemäß sang schon der alte Häuptling der Indianer.

Doch das Alarmzeichen ist dies: Die ihn da wütend gemacht haben, das „sind dieselben Leute, die sich nicht mit dem Thema Gendern beschäftigen wollen“ sagt er.“

Was?

Wo kommt jetzt der Genderquatsch her, wie kommt er jetzt auf den kulturfeindlichen Linksgrünmüll?

Weil, so geht die Komplottfabel, der ganze evidente Ideologiemurks dazu da ist, das linke Lager zusammenzuhalten durch Erzeugung eines gemeinsamen Feindbildes, Stalinisten, Maoisten, Troztkisten und DDR-Sowjetnostalgiker können sich auf die Gegnerschaft zu den Normalbürgern mit Altgeden einigen, die Ingsoc-Kritiker können sie alle noch mehr hassen als einander.

Das wird wichtig in Zeiten, wenn die Rezession beim Staat ankommt, dann droht auch Linken die Kürzung bei noch mehr Geld.

Ja, nach einem solchen Anschein sieht es aus: Kampfposten, Geld für offizielle Zwecke, das in Schattenstrukturen des Untergrundes absinkt, wo man sich immer fragt, wer bezahlt das denn, woher haben die ihr Geld. Professuren, öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Pseudofunktionäre, was mit Klima, Redaktionsleiter, der ganze Wust aus abgerechnetem Geld, das für den Erhalt der Macht eingesetzt wird.

Früher hätten wir jetzt einen Dreh gebracht, warum das hier natürlich nicht zutrifft und der eine tolle Arbeit macht, wie das ganze Kulturbüro mit den bestens investierten Geldern.

Aber so kurz vor der Wende machen wir das nun auch nicht mehr.

Umgestaltung

Die Fahrzeuge des Ordnungsamtes wurden neu gestaltet. Was soll man auch sonst machen, wenn das Budget für Sicherheit verbraucht werden muss. Da geht das Geld mal nicht an Werbetexter, sondern an Designer. Auf dem Pressefoto sieht man Behördenleiter und Bürgermeister in der neuen Uniform, was beweist, das Erscheinungsbild ist nicht das Problem.

Wichtige Frage

Professoren der Universität fragen: Können wir uns Milliardäre überhaupt noch leisten? Damit setzen sie ein klares Zeichen, dass wir uns die Professoren leisten können müssen, damit sie für uns diese Frage behandeln.

Polarlichter

Die Polarlichter brachten bunte Vielfalt an den Nachthimmel. Viele Jenaer haben das Schauspiel verpasst, so dass ein Polarlichterbeauftragter eingesetzt wird, der die nötige Aufmerksamkeit koordiniert. Immerhin hat niemand, der sie nicht sah, die Polarlichter geleugnet. Die das Phänomen sahen, gerieten in Panik, weil sie dachten, jetzt kommt das Klima.



Kurs auf Wachstum

In der Zeitung steht, der Oberbürgermeister kündige an, manches werde hässlich, damit der Wachstumskurs eingeschlagen werden könne. Der Artikel ist so nichts-sagend, dass die Sache für ernst gehalten werden muss. Die Prioritäten sollen festgelegt werden, zum Glück für die Zivilgesellschaft haben wir eine funktionierende Zivilgesellschaft, die genügend Überzeugungskraft ausstrahlt, damit die Förderung der Zivilgesellschaft zu den priorisierten Belangen gehört.



Von allen Guten verlassen

Da stehen ein paar Dutzend Leute mit Fahnen des Iran und mit Parolenpappen im Kreis am Holzmarkt, geredet werden die leider erwartbaren Sachen. Dabei stehen sie vor dem Pressehaus und hätten der Presse allerhand mitzuteilen und abzufordern, sie könnten Namen nennen von Parteien und Politikern, die mit dem Mullah-Regime offen und verdeckt den geschäftlichen Gesprächsfaden nicht abreißen lassen, sie könnten über Fördermittel für Mullahmoscheen sprechen, über das Schweigen der Feministinnen und der Bekundungsantifaschisten, die wenig Probleme mit Faschismus haben, wenn es um islamischen Faschismus geht.

Sie sind aber so gut integriert, dass sie die Benutzeroberfläche des Landes kopieren, sie haben, wie sie uns sagen, alle aus dem politischen Spektrum angefragt und der Presse Pressemitteilungen gegeben. Wie man es halt macht, wenn man sieht, dass es bei anderen funktioniert.

Einer hat sich tatsächlich beteiligt. Der Jenaer aus dem Bundesvorstand der Grünen.

Er hat gesprochen, hören wir und vermuten, er hat Opfer beklagt und zu Menschenrechten aufgerufen. Was er nicht hat, ist, die Beteiligung der Grünen am Desaster benannt. Das können wir sicher sagen, denn das hätten wir gehört.

Ja, soll er denn sagen, dass er sich schämt, und um Verzeihung bitten?

Das wäre ein guter Anfang.

Wenn sein Auftritt nicht beinhaltet, dass er vor Scham im Boden versinkt und bekundet, sich zutiefst für Claudia Roth und das Wirken von Annalena Baerbock in diesem Bezug zu schämen, ist er Fake. Wanzt sich schon an die nächste Macht heran. Bei der Gelegenheit hätte er sich auch für Außenminister Steinmeier gleich mitfremdschämen können und im selben Aufwasch für Bundespräsident Steinmeier.

Wenn man sich seine Freunde nicht aussuchen kann, muss man trotzdem nicht alle nehmen. Auf diese Weise haben sich die Iraner schon Khomeini eingehandelt. ●



Hat man bei der Universität noch grundsätzlich vor, die Beschmierungen „Offensiv Erfolgreich Militant“ an der Bibliothek und „RIP Lothar König“ am Gebäude am Abbe-Platz zu entfernen?

Dies fragten wir bei der Pressestelle der Universität an, desweiteren erbaten wir die Auskunft, ob diesbezüglich von Gremien, Parteien oder Ministerium gebremst werde und ob es die Sache beschleunigen würde, wenn „Lothar König“ mit „Charlie Kirk“ überschrieben würde.

Bislang bekamen wir keine Antwort auf diese doch recht einfachen Fragen. Es ist denen bei der Pressestelle offensichtlich lieber, den sechstausend Akrüzel-Lesern nichts zu sagen, als etwas preiszugeben, mit dem man sich womöglich Ärger einhandeln könnte. Die werden sich gedacht haben, die sind militant, erfolgreich und offensiv, da wollen wir lieber nicht eskalieren, weil das die Falschen ausnützen könnten.

Woher haben wir jetzt wieder eine solche schwach haltbare Komplottvermutung?

Aus der Zeitung.

Nachdem die stadträtische Opposition eine Anfrage bezüglich vermeintlich undurchsichtiger Geldflüsse an Linksgesicherte gestellt hatte, warf sich die Lokalredakteurin schützend vor die

Aktivistin und widmete ihr einen harmlosen Mehrspalter mit harmlosem Foto und ließ sie über ihre harmlosen Gefühle zu Wort kommen, ganz schonend in indirekter Rede, damit sie sich nicht als finanzieller Arm der Hammerbande aussehender lässt.

Geld sei abgerechnet worden, nur nicht an die städtische Instanz, der man nicht trauen könne, so in der Art ist die betreute Argumentation.

In der Gesellschaft, die sie sich erträumt, würde sie zum Arbeitseinsatz abkommandiert.

Die denken natürlich alle immer, sie würden zu denen gehören, die abkommandieren.

Die Redakteurin wäre auch zum Arbeitseinsatz einbestellt, aber sie könnte das Glück haben, als Reporterin hingeschickt zu werden, die schöne Fotos macht, wie die Schmierereien entfernt werden von Menschen mit glücklichen Gesichtern.

In der Übergangsgesellschaft müssen Linke noch das marktwirtschaftliche Instrument einsetzen, dass es billiger ist, wenn sie Geld vom Staat kriegen. ●

Terroristischer Anschlag auf Berliner Stromversorgung, Kanzler äußert sich nicht – aus Rücksicht auf den Koalitionspartner?

Das muss auch der Kanzler aus den Augenwinkeln bemerkt haben, ein linksterroristischer Anschlag in Berlin, diesmal viele Betroffene, deshalb konnten die Reaktionen sich nicht darin erschöpfen, davor zu warnen, dass die Instrumentalisierung den Boden auf die Mühlen des politischen Gegners zündeln würde, auch gab es während des Stromausfalls keine entsprechenden Demonstrationen, es war zu kalt und die Wohnungen hätten geplündert werden können. Bodo Ramelow sagte, das sei weder links noch politisch; deutlicher kann er nicht sagen, dass das politisch links war.

Was uns zu der Frage bringt, ob die Gedanken des Bundeskanzlers bei den Opfern waren.

Gesagt hat er nichts, weshalb wir bei der Pressesprecherei des Bundeskanzleramtes die Mitteilung erbat, ob dies aus Rücksicht auf den Koalitionspartner geschah.

Die halten die Leser einer Seniorenzeitung nicht für wichtig genug, als dass sie sich damit abgeben würden, eine Antwort zu formulieren. Nicht einmal einen Verweis auf des Kanzlers Rede bei der CSU, wo er das Krisenmanagement von Berlin lobte, „das hätten wir nicht besser machen können“, was glaubhaft erscheint, und auf mehr Stromka-



bel als Vorsorgemaßnahme kam, gaben sie uns und Ihnen.

Dass wir die dadurch aufwerteten und ernstnehmen, dass wir für Sie an die eine Frage richteten, dafür bitten wir Sie hiermit um Entschuldigung. ●

Ganz unten und noch tiefer

Wir müssen manchmal schmutzige Wörter verwenden, geht nicht anders. Daniel Günther.

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein gab jüngst von sich,

er sei nicht links. Links ist der, der Linkes tut, in der Redesendung von Markus Lanz äußerte er auf dessen Nachfrage, ob er Verbot und Zensur wolle: ja. Nämlich, ausgeübt durch zivilgesellschaftlichen Schulterschluss, da dem Staat Grenzen gesetzt sind, als Mittel gegen freie Medien. Weil die „unsere Gegner und auch die Feinde der Demokratie sind“, er meinte damit nicht das Senioren-Akrützel, das kennt er nicht, das ist zu unwichtig, schließlich sind wir nicht in der Position, ein Ein-

reiseverbot gegen ihn zu verhängen oder ihm wegen Zivilgesellschaftsverhetzung das passive Wahlrecht zu entziehen.

Er gab aber auch bekannt: „Es gibt Abgeordnete meiner Partei, die solche Portale lesen, die sowas auch weiterschicken.“

Die sind ja dann auch seine Gegner und Feinde der Demokratie. Wie will er gegen diese Abgeordneten vorgehen und welche zivilgesellschaftlichen Maßnahmen gegen sie befürwortet er?

Dies fragten wir bei der Sprecherin seiner Staatskanzlei an.

Vermutlich aus verfolgungstaktischen Gründen gab sie uns diese Auskunft nicht. Die werden es früh genug merken. ●



Dass es die Analyse gibt, ist nachprüfbarer Fakt, eine Meinung wird nicht vorgeschrieben

Man muss schon so heruntergekommen sein wie ab Jenaer Mittelschicht aufwärts, um der Glaubensanweisung anzuhängen, das einzige, was das Volk davon abhält, zum Faschismus zu greifen, ist, dass die bei uns gewalttätig agierende Bewegung sagt: „Ich bin der Antifaschismus“, und weil alle links sind, wie bei der Lokalpresse, wo man sich denkt: Schreiben wir Antifaschistischer Protest und nicht aggressives Grundrauschen, sonst kommt die Hammerbande.

Die Fotostrecke von der Protestkundgebung gegen die Verurteilung ist zwar nichtssagend, aber schöner als eine von den Hammerbande-Opfern, die Redaktion macht nur ihren Job, und das ist er halt. Darum stellt sich nicht die Frage, ob die TLZ-Leser Beihilfe zu linkem Terror leisten oder Gewaltverbrechen billigen, denen ist kein Vorsatz nachzuweisen.

Womit wir beim Kulturradio wären, in den Kulturnachrichten wurde der Befund der Sprecherin von Reporter ohne Grenzen mitgeteilt, dem zufolge Angriffe auf Pressefreiheit hierzulande vor allem Kampagnen von reichweitenstarken Portalen aus dem rechten verschwörungserzählerischen Bereich sind, die die Medien „ins Visier nehmen“ mit der Unterstellung, von Aktivisten und Antifa irgendwie gesteuert zu sein.

Überraschenderweise wurde hierbei nicht die sonst übliche Implikation gemacht: so wollen wir das ja, wir senden antifaschistisch seit hundertfünfzig Jahren, wir brauchen eine Stärkung der Meinungskontrolle und die Aussetzung parlamentarischer Gepflogenheiten, damit sich die Geschichte nicht wiederholt.

Reichweitenstarke Portale sind solche, die freiwillig eingeschaltet und angeklickt werden, im Unterschied zu den Qualitätsmedien, für die wir alle bezahlen, und zum Senioren-Akrützel, das alle lesen müssen, weil sie es im Briefkasten vorfinden.

Wir fragten bei der für die Kul-

turnnachrichten zuständigen Radioredakteurin nach: Handelt es sich bei diesem Befund um Meinung oder Fakt? Ist Ihnen etwas darüber bekannt, ob diese Einschätzungen, Funk und Fernsehen seinen von Aktivisten, Antifa oder sonstwie gesteuert, schon vor den reichweitenstarken Portalen aufkamen? Wie stark ist Ihre Ambition, diesem Eindruck entgegenzuwirken und auf welcher Ebene? Ist Ihnen etwas darüber bekannt, ob es Anhaltspunkte gibt, Reporter ohne Grenzen ständen in Verbindung mit Aktivisten und Antifa?

Sie antwortete uns folgendermaßen: „Hier gehe ich auf Ihre Fragen ein und erläutere, wie die Redaktion die Aussagen einordnet.“

1. Handelt es sich bei dem zitierten Befund um Meinung oder Fakt?

Die Passage in den Kulturnachrichten beruht nicht auf einer redaktionellen Bewertung des MDR, sondern gibt eine Einschätzung der Organisation Reporter ohne Grenzen wieder.

Im RSF Bericht „Nahaufnahme 2025“ wird ausdrücklich beschrieben, dass ein erheblicher Teil der dokumentierten Angriffe und Diffamierungen aus ‚verschwörungstheoretischen und rechtsextremen Umfeldern‘ stammt.

Die Formulierung von Katharina Weiß ist somit Teil der Analyse von RSF. Der MDR hat sie als Originalton korrekt wiedergegeben.

2. Gab es entsprechende Unterstellungen (‚Aktivisten‘, ‚Antifa‘, ‚gesteuert‘) bereits vor dem Aufkommen reichweitenstarker Portale?

Ja. Eine grundsätzliche medienkritische oder medienablehnende Haltung ist älter als die heutigen reichweitenstarken digitalen Plattformen. RSF weist jedoch darauf hin, dass sich professionalisierte Netzwerke, insbesondere im rechtspopulistischen und rechtsextremen Spektrum, in den vergangenen Jahren deutlich stärker organisiert haben und Desinformation heute systematischer und

mit größerer Reichweite verbreitet wird.

In den Kulturnachrichten wurde diese aktuelle Entwicklung durch den Originalton von Katharina Weiß wiedergegeben.

3. Wie stark ist die Ambition des MDR, solchen Eindrücken entgegenzuwirken – und auf welcher Ebene?

Der MDR ist laut Medienstaatsvertrag verpflichtet, ‚umfassend und ausgewogen zu informieren‘, Fakten zu prüfen und Vielfalt der Perspektiven abzubilden.

Dies umfasst u.a.:

Sorgfältige Recherche und Faktenprüfung

Transparente Einordnung von Quellen, Studien und O-Tönen

Trennung von Bericht und Kommentar

Der MDR wirkt solchen Eindrücken nicht durch politische Positionierung entgegen, sondern durch journalistische Qualität, Nachvollziehbarkeit und Offenheit in der Darstellung.

4. Gibt es Hinweise, Reporter ohne Grenzen stünden in Verbindung mit ‚Aktivisten‘ oder ‚Antifa‘?

Dazu liegen dem MDR keinerlei Hinweise vor. RSF ist eine international anerkannte Menschenrechtsorganisation, die weltweit Verstöße gegen Pressefreiheit dokumentiert. Im Bericht finden sich keine Anhaltspunkte für eine organisatorische oder politische Nähe zu den von Ihnen genannten Gruppen.

Die Berichte von RSF stützen sich auf dokumentierte Fälle von Angriffen, Recherchen und Befragungen von Journalistinnen und Journalisten.

Abschließende Einordnung. Die Kulturnachricht zitierte eine fachliche Einschätzung aus einem externen Bericht, zu dessen Wiedergabe der MDR im Rahmen seines Informationsauftrags verpflichtet ist. Eigene Bewertungen wurden im Beitrag nicht vorgenommen.“

Da hat sie sich richtig Mühe gegeben, hoffentlich nicht zu Lasten des Programms. ●

Gefühlte Glaubwürdigkeit

ZDF-Nachrichtentante Marietta Slomka wird zitiert, „Gerade unsere Glaubwürdigkeit passt denen gar nicht, die uns am liebsten abschaffen würden“.

Das kann gut sein, dass die das bestätigen würden, wenn man sie fragt, welches Problem sie mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten haben, Glaubwürdigkeit.

Aber wir vermuten nicht nur herum, wir prüfen die Quellen, darum baten wir Marietta Slomka um die Mitteilung: Wie haben Sie recherchiert, dass es Ihre Glaubwürdigkeit ist, die denen nicht passt?

Das hat sie uns nicht verraten, was verständlich ist, der Quellenschutz gehört zur Glaubwürdigkeit. ●



Wird die Bundeskanzlerin a.D. Bundespräsidentin?

Der Bundespräsident sollte jemand sein, den man kennt und der bei der nächsten Wahl die Nachfolge von Frank-Walter Steinmeier antreten kann. Ein weiteres Anforderungsprofil wird erstellt, wenn man weiß, wer es wird.

Ins Gespräch gebracht wurde von grüner Seite Angela Merkel, die Bestsellerautorin und Grundgesetzauslegerin. Gegenüber der Hauptstadtpresse wies ihr Altkanzlerbüro diese Spekulationen zurück und nannte es „abwegig“.

Zurückgewiesene Spekulationen, abwegig, das klingt genau nach dem, was man mit Angela Merkel verbindet. Darum wäre damit zu rechnen, dass sich Journalistenschleim findet, der schreibt, „ich vertraue ihr einfach“ und



dies als Qualifikation für sich und sie verkauft, wenn man nicht Bodo I. kriegen kann, und breite Bündnisse von Kirchen, Gewerkschaften, Kulturnetzwerken, Parteien und Demokratie würden sie eindringlich anflehen, sich zur Verfügung zu stellen im Interesse des Zusammenhalts der Gesellschaft mit den Brücken, die schon ihr Amtsvorgänger zu bauen zusagte.

Wir beteiligen uns aber nicht an Spekulationen und fragten bei ihrem Büro an mit der Bitte um Klarstellung, ob Zurückweisung von Spekulationen und abwegig einschließt, dass die Bundeskanzlerin a.D. die gesamtgesellschaftlichen Bitten zurückweisen würde.

Darauf erhielten wir die Antwort in Form von keiner Antwort. Die Sache ist offen.

Der Ausgang ist abzusehen. ●

Grundrechtliche Früherziehung

In Thüringer Schulen wird wieder das aktuell-politische Gespräch eingeführt, diesmal in der Unterrichtsstunde fünfzehn Minuten und diesmal für die demokratische Demokratie im Sinne der Demokraten. Der Bildungsminister war im MDR-Radio zu hören, wie er sich das vorstellt und wünscht, er betonte, jeder könne seine Meinung sagen, sie müsse aber in den Grenzen der Verfassung sein.

Das hört sich für den mittleren MDR-Hörer an wie Meldestelle, Delegitimierung und Phänomenbereiche, Klimaneutralität steht in der Verfassung, also darf man nicht gegen Neutralklima sein.

Das wird in einschlägigen Ecken etwas anders geraunt, da hält man die Grundrechte für Abwehrrechte gegen den Staat, was indes nur funktioniert, wenn das alle so sehen, meistens war es noch nie so.

Darum erbaten wir bei der Pressestelle des Ministeriums die Auskunft, ob der Herr Minister meint, diese Äußerung stehe in Übereinstimmung mit dem Verfassungsrecht, oder ob der Herr Minister schon von der Theorie gehört hat, nach Rechtsprechung des Verfassungsgerichts sei jedes Dafürhalten, jede Meinungsäußerung von Artikel 5 GG geschützt unabhängig von Sinn oder Wahrheitsgehalt, sogar solche Meinungen, die im Widerspruch zur Verfassung ständen.

Wir erhielten zur Antwort: „Der

Minister hat sich heute im Kontext der Verfassungsviertelstunde zum demokratischen Diskurs an Schulen geäußert. Die Verfassungsviertelstunde zielt darauf ab, Schülerinnen und Schüler frühzeitig mit den Grundrechten und demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes und der Thüringer Verfassung vertraut zu machen. Dazu gehört selbstverständlich auch die Meinungsfreiheit nach Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes. Ebenso gehört dazu die Vermittlung, dass das Grundgesetz selbst in Artikel 5 Absatz 2 Schranken der Meinungsfreiheit vorsieht, etwa den Schutz der persönlichen Ehre und den Jugendschutz. In der schulischen Praxis bildet der Beutelsbacher Konsens

den pädagogischen Rahmen für die Auseinandersetzung mit kontroversen Themen.“

Oh, man kennt sogar den Beutelsbacher Konsens, der bedeutet ein sogenanntes Überwältigungsverbot, man darf Schüler nicht mit vorgefertigten Meinungen überwältigen, etwa zu Weltdurchschnittslufttemperatur, Virenplage oder Kampf gegen Steuerbord, was nicht die damaligen Hauptthemen waren. An Clownpädagogie in Kindergärten hatte niemand denken können aus Mangel an Vorstellungskraft.

Wir wissen also nun, dass die es wissen. Wenn wir das gewusst hätten, hätten wir gefragt, wieweit man auf die Gruppendynamik vertraut.



IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Druckerei Schöpfel, Weimar. Verteilte Auflage 6.000 Exemplare

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund, verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de JenaerSeniorenzeitung@gmx.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogger.de

Treffen sich zwei Linke, welcher ist der Fascho?

Wenn ein extremistisches Vorkommnis als links gelesen wird, bemühen sich Oberlinke, schlechte Presse abzuwenden, entweder gleich die Presse oder die schlechte Meinung. Zum Brandanschlag auf den Berliner Strom befand Bodo I., wie er laut Zeit-online von den Thüringern genannt würde, wenn sie zu Wort kämen, daran sei nichts links. Da hätten wir anfragen können, ob das auch für einen Brandanschlag auf eine Druckerei gelte, aber den Witz versteht wieder niemand.

Treffen nun zwei linke Gruppen aufeinander, sollte man erwarten, dass ein Hochamt von Völkerverständigung, Menschenrechten, Solidarität, bezahlbarem Wohnraum und Menschenwürde anstehe.

Den Anfang, oder zeitungssdeutsch Auftakt, machte in Leipzig-Connewitz eine Demonstrationpartnerschaft von Antifa und Migrantifa.

Antifa heißt antifaschistische Aktion. Migrantifa wohl migrantifaschistische Aktion.

Wir hätten ja gerne erlebt, wie unser lokaler Extremistenpatron dort rauchen würde und Blockierer animiert.

Wir richteten eine Anfrage an die Thüringer Grünen, an Bundesgeschäftsführung und Fraktion der SPD im Bundestag und Ministerin Prien, mit welcher Seite sie sich bei dieser Konstellation solidarisierten.

Das beantworteten sie uns nicht, wir fragten ja auch vor dem Ereignis, das überwiegend friedlich blieb durch polizeiliche Übermacht. Die Solidarität hängt sehr davon ab, welche Seite gewinnt, das ist die gewalttätigere.

Der Anfang ist gemacht. Wir werden sehen. ●



Glockwork Green

Die *Ostdeutsche Allgemeine Zeitung* wollte das Gespräch zwischen Schriftsteller Uwe Tellkamp und Kulturbetriebsdichter Durs Grünbein fortsetzen, seit welchem Uwe Tellkamp umstritten ist und Durs Grünbein nicht. Uwe Tellkamp hatte dem Kulturbetrieb einen Schock versetzt durch Widerspruch zu den herrschenden selbstvergewissernden Glaubensanweisungen.

Ein Teil 2, Tag der Endabrechnung, wäre spannend gewesen. Das habe Durs Grünbein nicht gewollt.

Und genau das ist es, wo die Grenze der Spaltung durch den Riss der Gesellschaft verläuft. Nichts mit Spektrum des Goetheschen Farbkreises. Diskursfähigkeit gegen Diskursunfähigkeit. Nichts anderes.

Die Diskursunfähigkeit ist vielfach gesichert. Etikettierungen, Zuschreibungen, „du laberst“ und „mit Ihnen kann man nicht“, das alles erleben alle Diskursbereiten. Bei den Diskursunfähigen ist es nicht nur dem Anschein nach so, dass sie einen virtuellen Chip eingepflanzt gekriegt haben, immer

wenn sie etwas anderes hören, als sie dürfen, tut es weh. Andere Ausdrucksweisen oder gar andere Meinungen werden als offensiv erlebt, als Mikro- oder Makroaggression, und hören sie doch etwas bis zum Ende, haben sie es sogleich nie gehört.

Schon das Diskutieren selbst wird von dieser geschlossenen Gesellschaft als bedrohlich erlebt, wenn es nicht dominiert werden kann. Die Dialogunfähigkeit ist Erkennungsmerkmal und Zugehörigkeitsbedingung der Szene, die sich mit Pseudosprache gegenseitig zuquatscht als Strategie zur Vermeidung von Sprache und Denken.

Wir fragen natürlich nach. Wir baten die Pressestelle von Suhrkamp um die Weiterleitung unserer Frage an Durs Grünbein, ob er die Anregung zum Dialog zurückwies aus Sorge, schon durch das Erscheinen als diskursfähig im Kulturbetrieb verdächtig zu sein.

Eine Antwort blieb bislang aus, wir wissen nicht, an welcher Stelle die Dialoglinie abgebrochen wurde. ●

Frage an den AKRÜTZEL-Briefkasten: Wird Geld zurückgeflossen sein an die, die den Auftrag für die Norderweiterung der Straßenbahn statt an mehrere an nur ein Bauunternehmen gegeben haben?

Die Frage enthält mehrere Prämissen, die wir gar nicht nachprüfen können.

Was bekannt ist, weil es schon in den Medien vorkam, ist, dass eine fast zehn Jahre alte Ansa-ge des Landesverwaltungsamtes, der zufolge der vorgehabte Bau der verlängerten Straßenbahnlinie erst begonnen werden dürfe, wenn die Bundesstraße so einge-richtet ist, dass sie nicht gesperrt werden muss, mutig von der Stadt entbürokratisiert wurde, damit man ins Machen kommen kann, indem man handelt.

Nun soll eine Gesetzeslage vor-schreiben, dass bei Bauvorhaben solcher Dimension die Arbeiten einzeln vergeben werden müssen, einer baut die Schwellen und einer die Schienen und einer die Masten und einer die Leitungen, so etwa, damit Wettbewerb entsteht, und regionale Firmen sollen bevorzugt werden, so wird es interpretiert. Das klingt schon nach Verzöge-rungen und Schwierigkeiten bei der Abstimmung, man kennt das vom Berliner Großflughafen, der passt nicht zusammen. Günstiger ist, wenn einer alles macht, gün-stiger zumindest für den.

Ganz bestimmt gibt es auch gesetzliche Ausnahmebestim-mungen für Lichtstädte oder es steht etwas Übergesetzliches im Klimaaktionsplan, dass die Zahl der Firmen begrenzt wird, weil die Bauarbeiter nicht mit der Stra-ßenbahn kommen können auf der Linie, die sie erst noch bauen.

Auf diesen Voraussetzungen gründete sich die an uns heran-gefragene Frage. Hat es Rückflüs-se aus dieser Ersparnis gegeben an die, die so entschieden haben, oder an Personen mit Nähe zu ih-nen?

Kann man nicht ausschließen, wenn man mit allem rechnet.

Wissen wir nicht. Aber wir wis-sen, wer es wissen muss, der Ober-bürgermeister. Darum fragten wir bei der Pressestelle der Stadt an,

ob dem Oberbürgermeister etwas darüber bekannt ist, ob es Geld-rückflüsse an Entscheider oder Umfeld gegeben hat.

Da hätten wir erwartet, wir be-kämen zur Antwort: Der Ober-bürgermeister weiß, dass nichts an solchem Geld floss, fließt oder fließen wird, bei allen Entschei-dungen stand zu jedem Zeitpunkt das Wohl der Stadt im maßgeb-

lichen Vordergrund, auf den ein klarer Fokus gelegt wurde.

Denkbar wäre auch gewesen: Der Oberbürgermeister kann kei-ne Auskunft geben, um nicht Teile der Baubranche zu verunsichern.

Wir erhielten aber gar keine Ant-wort, und das kann nur bedeu-ten, der Oberbürgermeister weiß nichts, das kann er aber unmög-lich zugeben.

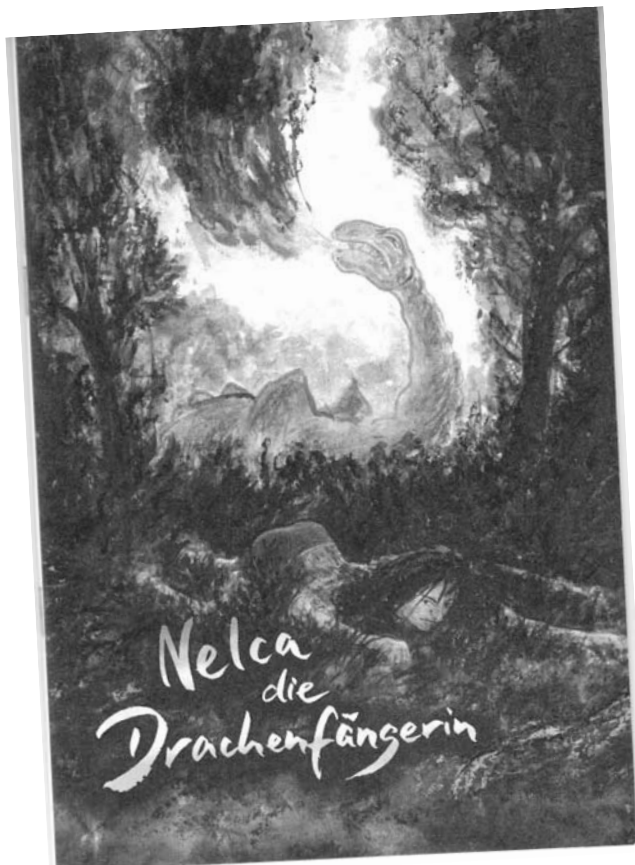


Jenaer Impressionen





www.buchhaus-loschwitz.de



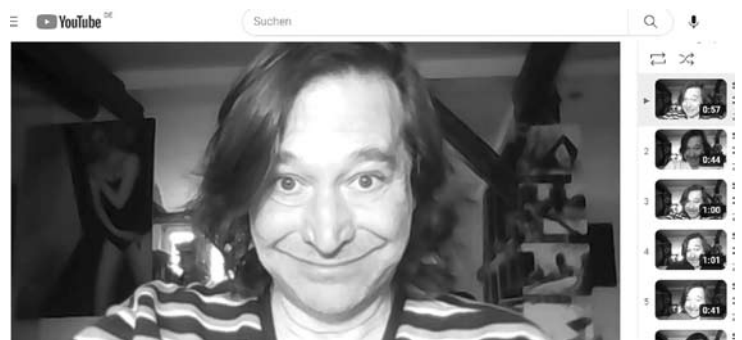
Bilderbuch-Klassiker

Nelca, die Drachenfängerin

Kostenloses Gratis-PDF für 0,- Euro zum Umsonst-Herunterladen ohne Bezahlschranke auf www.zellerzeitung.de unten bei den Klassikern



Müssen Sie gucken
Senior-Influencer
auf YouTube oder www.zellerzeitung.de



100 Cartoons, 20,- Euro,
www.solibro.de

Ende der Reklame



Oberbürgermeister geht auf Besuchstour durch die Läden, die noch nicht geschlossen sind



Über Kundschaft der besonderen Art freuen können sich Ladenbetreiber und Verkaufspersonal. Der Oberbürgermeister setzt ein Zeichen für das klare Bekenntnis zum Einzelhandel, indem er persönlich die vielfältigen Geschäfte betritt und sich anhört, wo der Schuh drückt. Die Konkurrenzsituation hat sich durch mehrere Schließungen entspannt, dennoch fällt es immer schwerer, den Frust über schleppenden Bürokratieabbau und hohe Kosten nicht an Kunden auszulassen.

Wer gegen Politiker schimpft, beschimpft alle Wähler



Lehrerin zieht sich für Foto-Kalender aus, um den Erlös an die Mullahs im Iran zu spenden



Politik kann nur so perfekt sein wie die Wähler, die die Politiker gewählt haben. Was bei Schimpfe gegen Politiker geflissentlich übergangen wird, ist die Tatsache, dass es den Fakt gibt, dass sie in freien geheimen Wahlen aller Wähler bestimmt wurden. Wer Politiker verächtlich macht, zeigt seine Verachtung gegen den demokratischen Prozess und damit gegen den demokratischen Zentralismus insgesamt. Dies zu dulden, wäre falsche Toleranz und würde zur Gefahr, die wir leider nur zu genau erfahren haben.

Automatensprengungen starten in die neue Saison



Teheran bleibt bunt, das will die örtliche Lehrerin unterstützen. „Jetzt fehlt die feministische Außenpolitik, die den Frauen im Iran die Gewährleistung geboten hätte, dass sie ihre Identität mit Kopftuch weiter leben können“, erklärt sie. Ihre Schulkinder sollen sie ruhig sehen, denn: „Ich möchte zeigen, dass ich das Anliegen Vielfalt und Antikolonialismus aus ganzer Kraft mit vollem Engagement unterstütze“, betont sie.

Früher als gewohnt geht die Saison für Automatenprengungen an den Start. Den Anfang macht der Auftakt an einem Zigarettenautomat. Die Täter entkamen unerkannt, dürften aber im Falle einer Personenfeststellung der Polizei bekannt sein. Die Stadt kündigte die Ausweitung von Sprengverbotszonen an.